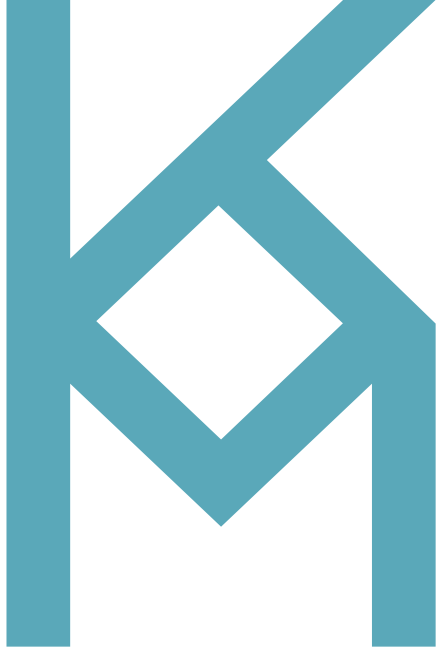




KM-Magazin für das Fördergebiet Karl-Marx-Allee, II. Bauabschnitt

Ausgabe 01/2021

Erscheint viermal im Jahr kostenlos.

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin,
Stadtentwicklungsamt, Fachbereich
Stadtplanung

Wie wollen wir wohnen?

Seit der Pandemie und den damit verbundenen Lockdowns wächst in der Großstadt offenbar auch die Sehnsucht nach dem berühmten »Häuschen im Grünen«. Jüngst war in einer Zeitschrift gar die Rede von einer »neuen Landlust«. Einschlägige Magazine schwemmen ja schon länger den Zeitschriftenmarkt.

Ist das so? Tatsache ist, dass sich die meisten das »Häuschen im Grünen« schon angesichts gestiegener Grundstückspreise gar nicht leisten könnten. Die meisten landen dann in einem von zahllosen Reihenhäusern oder der berühmten »Doppelhaushälfte«. Und abgesehen vom Grundstückspreis, warten ja dann auch noch die Folgekosten: Wer weiter in Berlin arbeitet, wird pendeln müssen, das kostet Zeit (auch im Stau) und Geld. Ein Hausbau kostet Nerven, wie viele wissen, die das einmal mitgemacht haben. Haus und Garten machen viel Arbeit, und dann gehört der ganze Spaß auch noch sehr, sehr lange der Bank, bei der man den Kredit aufgenommen hat.

Der Makrotrend sieht freilich ganz anders aus: Weltweit strömen Menschen in die Städte, um dort zu leben und ein Auskommen zu finden. (Die Bienen übrigens auch.) Wäre es da nicht eher mal an der Zeit, darüber nachzudenken, wie wir in den Städten leben wollen und wie dort gutes, bezahlbares Wohnen aussehen kann, ohne zu viel wertvolle Ressourcen zu verschwenden oder Raubbau an der Natur zu betreiben? Jetzt, im Frühling, ist die beste Zeit dafür. us



Diese Momentaufnahme gelang unserem Fotografen Christoph Eckelt bei einem seiner Streifzüge durch das Wohngebiet. Unser kleiner Leserfoto-Wettbewerb geht weiter: Ob historische Dokumente oder jüngere Aufnahmen aus dem Gebiet, von ungewöhnlichen, schönen, komischen oder beeindruckenden Momenten – senden Sie uns Ihr Foto, das Sie besonders gelungen finden! In jeder Ausgabe wird die Redaktion dann ein Foto küren, veröf-

fentlichen und mit einem Preis honorieren. Aus praktischen Gründen bitten wir Sie, uns keine Unikate bzw. Originale zu schicken, auf die Sie nicht verzichten möchten. Willkommen sind digitalisierte Bilder (im JPG-Format), die Sie per Mail an folgende Adresse schicken können: km-magazin@gmx.net oder auch Abzüge per Post an: Ulrike Steglich, c/o KM-Magazin, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin.

Die Redaktion

Wo finden Sie das »KM-Magazin«?

Da es nicht allzu viele öffentliche Auslegeorte im Gebiet gibt, haben wir uns entschieden, einen Großteil der Auflage über die Hausbriefkästen an die Haushalte zu verteilen.

Da dies allerdings nicht flächendeckend möglich sein wird, wird das Magazin zusätzlich an wichtigen öffentlichen Orten im Gebiet ausgelegt.

Haben Sie Vorschläge, wo das KM-Magazin noch ausgelegt werden sollte oder könnte? Bitte schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an: Ulrike Steglich, Tel. 283 31 27, Mail: km-magazin@gmx.net

Auslegeorte sind u.a.:

- Bürgeramt im Rathaus Mitte
- KMA II-Treff im ehem. Ambulatorium, Schillingstr. 12, EG
- »Kino International« und Vor-Ort-Büro, ehemalige Bibliothek im Kino
- Mietertreff der Wohnungsbaugenossenschaft Solidarität, Schillingstr. 30

- Friseursalon »Haarschneider Berlin«, Schillingstraße 2
- Café »Lotos«, Neue Blumenstraße 5
- Arztpraxis Dr. Ulrike Scheybal, Singerstr. 113
- Friseur Weydemeyerstr. 1
- »Kantine«, Magazinstr. 15–16
- »Der kleine Buchladen«, Weydingerstraße 14 (im Karl-Liebke-Haus)

Wichtig: Bitte beachten Sie coronabedingte Einschränkungen/Schließungen oder besondere Öffnungszeiten mancher Einrichtungen! Oder Sie nutzen unseren Online-Service: Eine kurze Mail an km-magazin@gmx.net reicht, und wir nehmen Sie in den Verteiler auf und schicken Ihnen die Zeitschrift als PDF zu.

KM-Magazin im Internet

Alle Ausgaben des KM-Magazins sind auch im Internet archiviert und abrufbar unter www.kma-mitte.de

In dieser Ausgabe

Kunst im Stadtraum	3
Tag der Städtebauförderung	4
Studie zu Covid-19 im Bezirk Mitte	5
Spielplatz Mollstraße 8–11	6
Grünflächen an der Mollstraße	7
Ein Plädoyer für mehr Mut zum Gemeingut	8
Pavillon-Nutzer, Teil 2: Die Heinrich-Böll-Stiftung	9
»Doppeltes Berlin« – Eine Einladung	10/11
Verwaltungsreform – Ein Geburtsfehler Groß-Berlins?	12/13
Boden-Schatz. Ein Debattenbeitrag.	14
Adressen	15
Kolumne: Einsamkeit	16

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »KM-Magazin« c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, Tel.: (030) 283 31 27, Mail: km-magazin@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt (eckelt@bildmitte.de)

Entwurf und Gestaltung: Kai Dieterich, www.morgen-berlin.com

Druck: Ruksaldruck GmbH & co. KG

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. März 2021



KUNST IM STADTRAUM

Quer durchs Viertel

Das erste Projekt im Rahmen des Wettbewerbs
»Kunst im Stadtraum Karl-Marx-Allee II«

In diesem Jahr werden im Gebiet KMA II die vier Siegerprojekte des Wettbewerbs »Kunst im Stadtraum« realisiert. Eines davon ist der Beitrag »Quer durchs Viertel« von Michaela Schweiger, Ingeborg Lockemann und Inken Reinert, der hier von den Künstlerinnen näher vorgestellt wird und auch als Einladung an die Bewohnerinnen und Bewohner zu verstehen ist.

Die Veranstaltungsreihe »Quer durchs Viertel« besteht aus drei Stadtpaziergängen und temporären Installationen. Diese sollen für einen Monat zu sehen sein, in diesem Zeitraum wird an jedem Wochenende ein Stadtpaziergang stattfinden. Ausgehend von drei historischen Bezügen aus DDR-Zeiten beschäftigen wir uns mit aktuellen Fragestellungen und möchten dabei Bewohner*innen und Initiativen mit einbinden. Das Viertel soll dabei nicht nur räumlich und geschichtlich durchquert werden, wir möchten auch repräsentative Inszenierungen mit weniger wahrnehmbaren sozialen und ökonomischen Realitäten in Beziehung setzen. »Hier, Berolinastraße« nimmt Bezug auf das im Bau befindliche Wohnprojekt für lesbische Frauen »RuT Frauen Kultur & Wohnen« in der Berolinastraße. Das soll gewürdigt und gefeiert werden! Gleichzeitig wirft es einen Blick zurück auf die Situation homosexueller Frauen in Ostberlin und sucht Spuren und Anknüp-

fungspunkte homosexuellen Lebens zu DDR-Zeiten im Viertel.

»Wir, 2021« thematisiert die ökonomischen Transformationen und deren Wirken auf Biographien, innere und äußere Haltungen. Als Stellvertreter fungieren drei Kleidungsstücke aus der Zeitschrift »Sibylle«, die unter heutigen Bedingungen produziert werden und damit eine Veränderung erfahren. Diese Kleidungsstücke werden in der Karl-Marx-Allee fotografisch und performativ (re)inszeniert. In »Babette im Rosengarten« stellen wir anhand der Geschichte der fiktiven Figur Babette Fragen nach Eigentum, Eigeninitiative und Verantwortlichkeit und wie diese sich im öffentlichen Leben des Viertels widerspiegeln. Während ehemals beliebte und belebte Orte brachliegen, finden wir gemeinschaftliches Tun eher abseits der repräsentativen »Vorderseite« des Quartiers.

Für diese drei künstlerischen Projekte, die alle im September 2021 im Viertel aufgeführt werden, suchen wir Menschen, die hier leben und gerne Ihre Erinnerungen mit uns teilen würden. Dazu haben wir jeweils ein paar der Fragen, die uns interessieren und unsere Kontakte für Sie zusammengestellt.

»Wir, 2021«

Im Rahmen meines Projektes »Wir, 2021« bin ich an Ihrer Lebensgeschichte, der Biographie ihres Wohnhauses,

Gedanken zur Mode und an Ihren Nähkünsten interessiert. Ich freue mich auf Gespräche mit Ihnen zu diesen Themen! Wann sind Sie hierhergezogen und was hat Sie in das Viertel gebracht? Wie hat sich das Viertel verändert? Wie hat sich Ihr Leben verändert? Kennen Sie die Geschichte Ihres Wohnhauses oder haben Sie diese selbst erlebt?

Waren Sie Leserin – oder Leser – der Zeitschrift »Sibylle«? Was verbinden Sie mit ihr? Haben Sie Kleidung nach ihren Schnitten genäht?

Was denken Sie über die Mode? Nähen Sie gerne und könnten sich vorstellen, an einem Kunstprojekt beteiligt zu sein und gegen Bezahlung ein Kleidungsstück zu nähen?

Kontakt:

Michaela Schweiger, Tel. 030/443 46 96, E-Mail: trabanten@michaelaschweiger.de

»Babette im Rosengarten«

Für die performative Installation interessieren mich sowohl ganz private Einblicke in das Zusammenleben im Viertel als auch Ihre Einschätzung der Veränderungen, die hier den letzten 30 Jahren stattfanden.

Wie waren die Beziehungen zwischen Ihren Nachbar*innen in der DDR? Wie sind sie in der Gegenwart? Wie sind Sozialstruktur und Altersmischung im Haus? Wer wohnte zu DDR-Zeiten hier, wer jetzt? Wie haben Sie Ihre Wohnung bekommen? Wie lange musste man in der DDR auf eine Wohnung warten? Wie hoch war die Miete damals, wie hoch ist sie jetzt?

Haben Sie besondere Erinnerungen an das Café Moskau? Eine Hochzeit, eine Geburtstags- oder Jugendweihefeier? Wie sahen die Grünanlagen aus? Wurden sie regelmäßig gepflegt und von wem? Wer kümmert sich jetzt um darum? Sind die Bewohner*innen in die Pflege einbezogen?

Ich freue mich über gesprächsbereite Anwohner*innen jeden Alters, Geschlechts und jeder Herkunft.

Kontakt:

Inken Reinert, Tel. 0179/538 31 53, E-Mail: inken_reinert@yahoo.com

»Hier, Berolinastraße«

In der Berolinastraße wird in den nächsten Jahren ein Wohnprojekt für lesbische Frauen entstehen. Der Stadtpaziergang »Hier, Berolinastraße« beschäftigt sich anlässlich dieses Bauvorhabens mit der Geschichte homosexueller Menschen in der DDR und sucht Bewohner*innen, die etwas zu diesem Thema erzählen können.

Kontakt:

Ingeborg Lockemann, Tel. 0171/736 95 46, E-Mail: lockemann@gmx.net

8. Mai: Tag der Städtebauförderung

Gefeiert wird ganz pandemiekonform: draußen bei Kaffee und Gesprächen

Im letzten Jahr fiel der Tag der Städtebauförderung, der sonst mit zahlreichen Veranstaltungen bundesweit am zweiten Samstag im Mai gefeiert wird, pandemiebedingt leider ins Wasser. Doch in diesem Jahr soll er nicht sang- und klanglos verstreichen – so gut das unter den gegenwärtigen Bedingungen eben geht. Und immerhin ist in diesem Jahr ein besonderes Jubiläum zu feiern: Seit genau 50 Jahren gibt es nun schon Städtebauförderprogramme in der Bundesrepublik. Im Gebiet KMA II soll der Tag, der in diesem Jahr am 8. Mai stattfindet, dennoch gefeiert werden, so gut das unter Pandemiebedingungen eben geht. Zwar sind Veranstaltungen in geschlossenen Räumen bis auf Weiteres nicht möglich, ebenso

wenig wie Straßenfeste. Deshalb hat sich das Büro KoSP als Gebietsbetreuer für die KMA II nun zu einer kleinen Form im öffentlichen Raum entschlossen: Am 8. Mai können alle, die möchten, sich zwischen 11 und 16 Uhr vor dem neuen Vor-Ort-Büro im Kino International einfinden. Dort wird ein Coffee-Bike mit kostenlosem Kaffee bereitstehen, man kann sich mal wieder persönlich treffen und miteinander ganz analog austauschen. Damit wird dann auch offiziell das neue Vor-Ort-Büro eingeweiht, in dem künftig u.a. die Sprechstunden des KoSP für das Gebiet stattfinden.
us
Bitte beachten Sie aktuellen Meldungen auf der Website www.kma-mitte.de hinsichtlich der aktuellen Corona-Situation



Städtebauförderung

Was ist eigentlich der »Tag der Städtebauförderung« und warum gibt es ihn? In vielen Städten und Gemeinden werden Förderprogramme von Bund, Land und EU eingesetzt, um städtebauliche und andere Projekte im öffentlichen Raum zu realisieren, die aus den regulären kommunalen Etats kaum zu finanzieren wären. Dazu gehören beispielsweise Kita- und Schulsanierungen, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, die Erneuerung von Spielplätzen, Grün- und Freiflächen, die Stärkung von Geschäftsstraßen u.v.a. Die Programme für Gebiete »mit besonderem Förderungsbedarf« heißen seit 2020 »Lebendige Zentren« (früher: »Aktive Zentren«), »Sozialer Zusammenhalt« oder »Wachstum und nachhaltige Erneuerung«. Auch das Gebiet KMA II profitiert von der

Städtebauförderung: seit 2015 ist es ein förmlich festgesetztes Erhaltungsgebiet und wird mit Mitteln aus dem Förderprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz« (heute: »Lebendige Zentren«) unterstützt. Um den Einsatz der Mittel, die Ergebnisse der bisherigen Arbeit und die noch anstehenden Projekte für die Öffentlichkeit transparent und konkret sichtbar zu machen, wurde der bundesweite Tag der Städtebauförderung ins Leben gerufen. An diesem Tag präsentieren bundesweit die einzelnen Fördergebiete ihre jeweiligen Vorhaben auf unterschiedlichste Weise. Der »Tag der Städtebauförderung« ist eine gemeinsame Initiative von Bund, Ländern, Deutschem Städtetag sowie Deutschem Städte- und Gemeindebund.
us

Das ISEK wird auf den neuesten Stand gebracht

Da erste »Integrierte Stadtentwicklungskonzept« (ISEK) für das Gebiet KMA II wurde im Jahr 2016 zu Beginn des Erneuerungsprozesses vorgelegt. Damals war die KMA II gerade zum Fördergebiet geworden und zusätzliche Mittel für die Aufwertung des öffentlichen Raumes und der Infrastruktur standen nun zur Verfügung. Im ISEK wurden damals nach umfänglicher Bürgerbeteiligung die Ziele, grundlegenden Handlungsfelder und Projekte für die Entwicklung des Gebiets für die nächsten Jahre beschrieben und somit auch festgelegt, in welche Maßnahmen die Fördermittel fließen sollen. Seitdem wurden kleinere und große Maßnahmen bereits umgesetzt oder sind in Arbeit. Nach nunmehr fünf Jahren soll das ISEK jetzt auf den neuesten Stand gebracht und fortgeschrieben werden – und dabei sind auch wieder die Bürgerinnen und Bürger im Gebiet gefragt. Die Fortschreibung umfasst zum einen die Aktualisierung grundlegenden Datenmaterials (z.B. die Entwicklung der Einwohnerzahl u.a.) und die Erfassung der Veränderungen seit dem Jahr 2015, zum anderen wird eine Stärken-Schwächen-Analyse durchgeführt und gegebenenfalls werden auch neue Projekte vorgeschlagen. Dazu sind auch bald die hier Wohnenden gefragt. Es wird zwei Öffentlichkeitsbeteiligungen geben. Voraussichtlich wird die erste bereits im Frühjahr stattfinden. Das KoSP wird über den Zeitraum und das genaue Format der Beteiligung rechtzeitig informieren. Das Verfahren wird in jedem Fall coronakonform durchgeführt, sowohl analog als auch digital soll es für alle die Möglichkeit geben, sich zu beteiligen.
us

Achtet auf die Grünanlagen

In der aktuellen Pandemie sind die Parks und Grünanlagen besonders wertvoll. Da viele Aktivitäten nicht möglich sind, finden die Menschen vor allem hier Erholung und Bewegung an der frischen Luft. Leider war in den vergangenen Monaten verstärkt zu beobachten, dass wichtige Vegetations- und Gehölzbereiche geschädigt werden, etwa durch Trampelpfade, die den Boden verdichten und empfindliche Frühblüher zerstören. Das Resultat sind verarmte Areale. An Uferändern führt unerlaubtes Betreten dazu, dass Böschungen abrutschen und dort brütende Wasservögel keinen Platz mehr finden. Totholz, das absichtlich liegen gelassen wird, um Insekten, Vögeln und Igel Lebens- und Rückzugsräume zu bieten, wird entnommen, um daraus Hütten zu bauen oder Lagerfeuer zu entfachen. Den Tieren geht damit ihr Unterschlupf verloren. Das Straßen- und Grünflächenamt muss mit viel Aufwand die Hinterlassenschaften und Schäden beseitigen. Der Bezirk bittet daher um verstärkte Rücksichtnahme auf die Natur.
cs

Dunkelfeld vergleichsweise klein

Studie des RKI zu Covid-19 im Bezirk Mitte

Zwischen Mitte November und Anfang Dezember vergangenen Jahres hat das Robert-Koch-Institut eine recht aufwändige Studie zur Corona-Pandemie im Bezirk Mitte von Berlin durchgeführt. Dabei wurden 2287 Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks untersucht und befragt. Die Ergebnisse überraschten.

Denn viele hatten mit einem deutlich größeren Dunkelfeld gerechnet. Durch die Studie wurden nämlich »nur« 2,2-mal mehr Covid-19-Infektionen nachgewiesen, als die offiziellen Meldezahlen bis dahin anzeigten. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, in deren Blut Antikörper gegen das Virus festgestellt wurde, war also knapp die Hälfte bereits in den Akten des Gesundheitsamts registriert, weil sie dort irgendwann im Verlauf des Jahres als infiziert eingetragen worden waren. Die

etwas größere Hälfte war zwar erkrankt, deswegen aber nicht beim Arzt gewesen. Jede fünfte Infektion war vollkommen ohne Symptome verlaufen, was in etwa den Ergebnissen anderer Studien entspricht. Aufgrund der sozialen Rahmenbedingungen im dicht besiedelten Hauptstadtbezirk hatten viele das Dunkelfeld deutlich höher eingeschätzt: Geringe Durchschnittseinkommen, hoher Ausländeranteil und relativ junge Bevölkerung sind im Gesamtbezirk prägend. Wobei der Ausländeranteil (etwa ein Drittel der Einwohner hat keinen deutschen Pass) nur als ein Hinweis darauf zu sehen ist, dass ein Großteil der Bewohnerinnen und Bewohner unseres Bezirks aus anderen Regionen zugewandert ist und damit meist keine betagten Verwandten im lokalen Umfeld zu betreuen hat. Ob die nun in Schwaben, Kastilien oder Anatolien leben, spielt keine Rolle – wichtig für die Pandemieentwicklung ist nur die räumliche Trennung zu den besonders vulnerablen Familienmitgliedern. Zwar könnte man annehmen, dass die Menschen dort, wo die Generationen enger zusammenleben, vorsichtiger sind und bei möglichen Symptomen eher zum Arzt gehen, als ihre Omas und Opas einer Ansteckungsgefahr auszusetzen. Das scheint aber in der Realität anders zu sein. In ländlichen Räumen ist das Dunkelfeld sogar oft weit größer als in den dicht besiedelten Zentren. Das zeigen andere Untersuchungen derselben Studienreihe des RKI. So lag der entscheidende Faktor der »Untererfassung« im baden-württembergischen Radolfzell bei 6, im bayrischen Bad Feilnbach bei 4,5 und in dem durch die Auswirkungen einer Karnevalssitzung berühmten Gangel (NRW) bei 5. Das hatte die Uni Bonn in einer ersten Untersuchung im Frühjahr 2020 ermittelt, worüber in den Medien bundesweit berichtet worden war. Damals wurde von einigen Wissenschaftlern dieser Faktor 5 auf ganz Deutschland bezogen und gemutmaßte, dass die Pandemie sich weit schneller verbreitet als angenommen. Der vergleichsweise niedrige »Dunkelfeld-Faktor« von 2,2 in Berlin-Mitte zeigt, dass das zu hoch gegriffen war. Vermutlich ist er auch darauf zurückzuführen, dass die Ausstattung mit Arztpraxen in den städtischen Zentren deutlich besser

ist als auf dem Land (wenn auch für viele noch lange nicht wirklich gut). Deshalb ist es in der Stadt einfacher, auch bei leichteren Symptomen zum Arzt zu gehen. Ganz offensichtlich aber spielt die Tatsache, dass mehr als die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner Mittes einen (nichtdeutschen) Migrationshintergrund hat, keine beschleunigende Rolle für die Verbreitung der Pandemie. Vermutlich ist sogar das Gegenteil der Fall: In den meisten der Herkunftsländer funktioniert das Gesundheitssystem deutlich schlechter als bei uns (und oft nur mit erheblicher Zuzahlung). Diejenigen, die andere Gesundheitssysteme kennen, haben meist weniger Probleme, den pandemiebedingten Verhaltensregeln und Einschränkungen hier zu folgen. Auch Corona-Leugner findet man in den migrantisch geprägten Gebieten unseres Bezirks nur selten.
cs

Die Studie »Corona-Monitoring lokal«

Im Zuge der repräsentativen Studie wurden in der Zeit vom 17. November bis 5. Dezember 2020 2287 Erwachsene aus dem Bezirk Mitte untersucht. Ziel war es, in einem besonders von der Pandemie betroffenen Gebiet wie dem Bezirk Mitte herauszufinden, wie viele Menschen akut infiziert sind oder bereits infiziert waren, wie viele Erkrankungen ohne Symptome verlaufen und unentdeckt bleiben. – Dabei stellte das RKI das Vorkommen von Antikörpern gegen das SARS-CoV-2-Virus bei 4,4 Prozent der Teilnehmenden fest. – Bei Frauen (3,8 Prozent) wurden etwas seltener Antikörper nachgewiesen als bei Männern (4,9 Prozent). – 20 Prozent der Teilnehmenden mit Antikörpern hatten keine typischen Krankheitssymptome; 80 Prozent mindestens eins der Symptome wie Fieber über 38 Grad, Atemnot, Kurzatmigkeit, Lungenentzündung, Schnupfen, Husten, Atembeschwerden, Halsschmerzen, Geruchs-/Geschmacksstörungen. In den kommenden Wochen sollen die Ergebnisse vertiefend mit Blick auf demographische, sozio-kulturelle und soziale Faktoren analysiert werden.



Flächentausch an der Mollstraße 8–11

Es war Anfang September 2019, also vor gut anderthalb Jahren, als die Anwohnerinnen und Anwohner zu einer **Beteiligungsveranstaltung** eingeladen wurden. Thema war die **Neugestaltung der Spiel- und Aufenthaltsflächen südlich der Mollstraße 8–11**.

Konkret geht es um eine Neugestaltung der Spiel- und Grünfläche mit unterschiedlichen Komponenten für alle Altersgruppen. In einem ersten Entwurf unterteilte sich die Gesamtfläche in einen Kleinkinderspielplatz, den Bolzplatz und einem neu angelegten Quartierstreff. Die Ergebnisse der sehr konstruktiven öffentlichen Veranstaltung, die Ideen und Anregungen der künftigen Nutzerinnen und Nutzer flossen dann in die Überarbeitung des Entwurfs ein. Im letzten Jahr kam es dann jedoch zu einem Planungsstopp. Der Grund war technischer Natur, nämlich die Sicherstellung der öffentlichen Zuwegung für die Fahrzeuge der Grünpflege. Weil der öffentliche Spielplatz wie eine Insel inmitten privater Flächen liegt, erfolgte die Zuwegung für die Fahrzeuge des Straßen- und Grünflächenamtes bislang über diese privaten Flächen. Das sollte mit der Neugestaltung anders geregelt werden, die An- und Abfahrt künftig über öffentliche Flächen erfolgen.

So kam es zu einem Flächentausch zwischen der Mollgenossenschaft und dem Straßen- und Grünflächenamt im Bereich des Wendehammers vor der Kita. Ein solcher Eigentumswechsel dauert aber aufgrund der damit verbundenen Formalitäten eine gewisse Zeit. Das Ergebnis hat aber zugleich sehr positive Effekte für die Umgestaltung. Weil die Fläche des Spielplatzes und des Quartierstreffs getauscht werden, um die Zugänglichkeit zu verbessern (zum Beispiel, wenn der Sand ausgetauscht werden muss), ist nun der Spielplatz direkt gegenüber der Kita verortet. Zum anderen wurde die zu beplanende Fläche insgesamt vergrößert. Im Folgenden suchten die verantwortlichen PlanerInnen nach Lösungen, um möglichst wenig planerische Anpassungen vornehmen zu müssen. Denn die bereits in den Entwurf eingearbeiteten Anregungen der Bewohnerschaft sollten beibehalten und gleichzeitig der (Zeit-) Aufwand möglichst klein gehalten werden. Ziel der planerischen Anpassung ist es, alle Ausstattungselemente und die Flächenverhältnisse beizubehalten, um lediglich die Form und Lage der Grundflächen an die neuen Planungsanforderung (Zugänglichkeit für Pflegefahrzeuge) anzupassen. Dazu gehören die Anregungen der Kinder und Jugendlichen hinsichtlich des Spielplatzes und Bolzplatzgestaltung als auch die Wünsche nach dem Verbleib der Tischtennisplatten, um nur einige wenige Punkte zu nennen. Die Bauplanungsunterlage soll nun bis spätestens Juni fertiggestellt werden, um dann die Ausführungsplanung zu beginnen. Ein Baubeginn wäre dann Ende 2021/ Anfang 2022 möglich.

us



Mehr Artenvielfalt!

An der Mollstraße sollen künftig Wildblumen gedeihen, der Wendehammer wird zum Kita- Vorplatz und Treffpunkt

Nicht nur die Spiel- und Grünflächen Mollstraße 8–11 werden demnächst erneuert. In räumlichem und inhaltlichem Zusammenhang damit stehen die Veränderungen der Grünflächen vor der Mollstraße 5–7 und des Wendehammers vor der Kita »Traumzauberbaum«.

Bislang wird der Wendehammer vor allem durch Fahrzeuge (auch der Eltern) genutzt, für Kinder stellt der motorisierte Hol- und Bringverkehr aber eher eine Gefahr dar. Zudem wirkt das Areal trist – Parkplätze und die wohnungsnahen Grünflächen bieten bislang wenig Aufenthaltsqualität. Und ein Kurzasenschnitt mag zwar praktisch sein, bietet aber keine Artenvielfalt. Das soll sich ändern. Die Wohnungsgenossenschaft Mollstraße eG als Eigentümerin der betreffenden Grundstücke hat gemeinsam mit dem Bezirk und dem beauftragten Büro gm013 Landschaftsarchitektur Ziele der Umgestaltung formuliert und Ideen entwickelt, die in drei Phasen erfolgen wird. Die erste Phase wird in den nächsten Wochen starten und umfasst die ökologische Aufwertung des wohnungsnahen Grüns. »Die den Fassaden vorgelagerten Grünflächen sind bislang zergliedert«, sagt Landschaftsarchitekt Paul Giencke. »Wir wollen dort eine Wildblumenflä-

che als Band gestalten, mit insektenfreundlichen, regional geprägten Pflanzen und einzelnen Strauchgewächsen, in denen auch Vögel und Insekten nisten können. Es geht darum, die Bio-Diversität zu erhöhen.« Der Auftrag für die entsprechenden Arbeiten war ausgeschrieben und ist bereits vergeben. Teilweise wurden auch schon alte Sträucher entfernt. Natürlich braucht die Wildblumenwiese auch Zeit, um sich gut entwickeln. Zwei bis drei Jahre, so schätzt Paul Giencke, wird dieser Prozess brauchen – und hofft auf einen sorgsamen Umgang der Anwohner. »Es geht dabei auch um Respekt, um Umweltbildung, um die Wahrnehmung für Qualität und Schönheit.« Planerisch noch nicht so weit gediehen sind die Phasen 2 und 3. In Phase 2 geht es um die infrastrukturelle Ausstattung, also abschließbare Fahrradabstellplätze (von denen es an diesem Ort künftig zwei geben soll), Müllstellplätze etc. Hier gibt es noch Abstimmungsbedarf, denn auch die Denkmalpflege hat ein Wort mitzureden, die neuen Fahrrad- und Müllboxen sollen dem Ausstattungs- und Materialleitfaden (AML) für das Gebiet entsprechen. Zudem sind einige große Bäume mit ihrem Wurzelwerk zu berücksichtigen, die schadlos bleiben sollen. Die dritte Phase betrifft die Neugestaltung des Wendehammers vor der Kita »Traumzauberbaum«. Dieser soll zu einem echten Vorplatz einer Kindertagesstätte aufgewertet werden, zum Quartiertreffpunkt und Ankommenspunkt. Um den Vorplatz in das Ökosystem hinsichtlich der Versickerung einzubinden, sind freilich etwas aufwändigere und kostenintensivere Entsiegelungsarbeiten notwendig. Die Phasen 2 und 3 werden in den nächsten Wochen und Monaten weiter konkretisiert. In Verbindung mit dem Spiel- und Grünbereich Mollstraße 8–11, der derzeit umgestaltet wird, kann dann eine Gesamtfläche mit hoher Aufenthaltsqualität entstehen, die ein echter Gewinn für die Anwohnerinnen und Anwohner ist.

us



Sportanlage Holzmarktstraße

Als Teil des Campuskonzepts für die Schulstandorte Singerstraße ist eine Erweiterung des Sportfunktionsgebäudes auf der Sportanlage in der Holzmarktstraße 55 geplant. Dort sollen in zwei seitlich angegliederten Neubauten Räume für ein zusätzliches Sport- und Gymnastikangebot sowie zusätzliche Lagerflächen ge-

schaffen werden. Die großen Mehrzweckräume im südlichen Anbau werden neben sportlichen Aktivitäten Platz für Veranstaltungszwecke bieten. Der kleinere Anbau im Norden ergänzt den Bedarf an Umkleieräumen und Lagerflächen. Die Arbeiten sollen bereits im Sommer beginnen und im nächsten Jahr abgeschlossen werden. Die Förder-summe für die Maßnahme beträgt 1,7 Mio. Euro.

us

Die Einhegungen einhegen

Freiraum ist ein kostbares Gut. Ein Plädoyer für mehr Mut zum Gemeingut.

Ich mag den Spielplatz neben meinem Wohnblock in der Mollstraße. Er ist auf eine ehrliche Art hässlich (bald soll er aber hübscher werden) und doch auf vielerlei Art nutzbar. Morgens frühstückt dort in tiefer Kontemplation der Mann, der seine Arbeit in den Grünanlagen des Quartiers verrichtet.

Dann ist der Platz eine Zeitlang nur Abkürzung für jene, die sich von A nach B bewegen müssen. Am Nachmittag kommen die Eltern mit ihren Kids. Sie finden es wahrscheinlich auch nicht schön, dass bis auf die Sandkiste der ganze Platz gemulcht ist (Wer hat nur das Wort Mulch erfunden, es klingt wie der Schmerzensruf einer Milchkuh?), oder mit Kies bedeckt wurde, den man später kiloweise aus Kinderschuh in den Wohnungsflur kippt – dennoch erfüllt der Platz seinen Zweck. Später, wenn es dunkel ist, trifft sich an den Büschen häufig eine kleine Kifferbrigade, deren Tun in Schwaden über den niedrigen Zaun zieht, begleitet von spärlichen Gesprächsfetzen. Der Spielplatz ist ein bisschen Gemeingut, seine niedrigen Zäune erfüllen einen Zweck und sind deshalb nicht abweisend. Das Nutzungskonzept haben sich die Menschen hier sozusagen selbst gegeben. Bei aller Hässlichkeit ersetzt er, was dieses Quartier nicht vorzuweisen hat: die Agora. Jener Ort, an dem sowohl Müßiggang als auch Verständigung und Interessensausgleich möglich sind. Viel Orte hier haben das nicht, sind zu ordentlich und eingehegt. Zäune spielen eine große Rolle. Aber auch da, wo keine

stehen, erobern sich die Menschen die Wiesen hinter ihren Häusern nicht – wir haben irgendwie verinnerlicht, dass jedes Stückchen Boden wahrscheinlich irgendjemanden gehört, mit Vorstellungen und Vorschriften, was man hier darf und was nicht.

Wer sitzen und verweilen möchte, sollte sich einen Hocker mitbringen, wer auf wilde Wiese hofft, findet sich mit dem unseiligen wie unausrottbaren Wunsch nach »Englischem Rasen« konfrontiert, der einer Logik folgt, mit der unsere Eltern früher versuchten, uns eine »praktische« – weil pflegeleichte – Kurzhaarfrisur einzureden. Was eine »ungepflegte« Grünfläche ist, liegt im Auge der Betrachterin, hierzulande hat die wilde Wiese jedenfalls keinen guten Stand.

Wer einen überdachten Ort sucht, um ohne Verzehrgebot auch bei Regen ein kleines Plauderstündchen abzuhalten, findet nichts. Viele Grünflächen, die Wohnraum (ob privat, genossenschaftlich oder kommunal) umgeben, sind eingezäunt. In den Baumärkten des Landes lässt sich ein Schilderwald aus Strafdrohungen, Bitten, Warnungen erwerben. Alles nur, um uns vom Betreten der Grünflächen abzuhalten. Auch Sitzen, Liegen und Picknick ist nicht gestattet, Spielen nicht erlaubt, Fahrräder dürfen nicht an Zäune angeschlossen werden, bei Schnee und Glätte läuft man sowieso auf eigene Gefahr.

Zäune signalisieren bizarre, aber sehr gängige Vorstellungen von Eigentum und Angst. Dabei ist im Quartier mit dem ISEK (Integriertes städtebauliches Entwick-

lungskonzept) eine gar nicht so schlechte Grundlage gelegt, die Einhegung ein wenig einzuhegen. Im Ausstattungsleitfaden heißt es: »Zäune sind nur dort zulässig, wo sie eine Schutzfunktion für Kinder (Spielplatz, Schule, KiTa) erfüllen. Die Höhe der Zäune sollte max. 1,20 Meter betragen, bevorzugtes Material ist Wellengitter, lackiert.«

Es ist eine atemberaubende Vorstellung: dass alle Zäune verschwinden, die nur dafür aufgestellt wurden, um Menschen davon abzuhalten, einen Fuß aufs Grün zu setzen oder sich gar dort mal auszustrecken und in den Himmel zu schauen. Der Zaun ist immer eine Grenze. Dass wir ihn wieder vermehrt in die Stadt gelassen haben, ist kein gutes Zeichen. In seiner übelsten Form umschließt er Gated Communities und macht aus städtischem Raum Hoheitsgebiete für jene, die sich abschotten wollen und sich das leisten können. Das droht in unserem Quartier nicht. Aber es enthält bislang auch noch keinen Wurf, wie der öffentliche Raum gestaltet sein muss, soll er dem Anspruch gerecht werden, vielen Menschen zur Verfügung zu stehen.

Natürlich birgt das Konflikte – so wie Nachbarschaft überhaupt ein weites Konfliktfeld ist, in dem verschiedene Interessen immer wieder austariert werden müssen. Die Ansage »Zutritt verboten!« verschärft aber Konflikte. Zumindest im Freiraum, der in einer Stadt kostbares Gut ist und so wenig wie möglich Menschen ausschließen sollte. Trotzdem: Konflikte verschwinden nicht, indem man alles Mögliche als Gemeingut deklariert. Denn auch das braucht Regeln. Aber wenn man sich diese gemeinsam erarbeiten darf, kann es gut werden. Das muss aber gewollt sein und darf nicht als Zeitverschwendung angesehen werden.

Der Hundekot, der Müll, der plattgetretene oder -gelegene Rasen, das Kiffen unter dem Balkon – all das führt zu Unmut. Daraus wächst die Hoffnung, ein Zaun und ein paar Schilder würden es richten. Der Begriff »Einfriedung« enthält eine gewisse Häme. Wo bleibt der Frieden, wenn die einen sagen: meins, und die anderen nichts haben, von dem sich das behaupten lässt? Auf dem hässlichen Spielplatz bin ich sehr wohl geneigt zu sagen:

Die Stadt gehört auch mir. Am Wohnblock gleich nebenan hängen meine Träume tot überm Zaun.

Kathrin Gerlof



Die Zukunftswerkstatt

Wer nutzt künftig die neuen Pavillons an der KMA?

Teil 2: Die Heinrich-Böll-Stiftung

Eine der ersten Institutionen, die Interesse für die geplanten neuen Pavillons signalisierten, war die Heinrich-Böll-Stiftung (hbs), sie wird künftig den Sonderbau neben dem Kino International nutzen.

Als politische Stiftung steht sie der Partei Bündnis 90/ Die Grünen nahe, ist aber unabhängig von der Partei und bestimmt selbst über Inhalte, Programm und Angebote – internationale Bildungsarbeit ist dabei ein wesentlicher Schwerpunkt. Im Mittelpunkt der Stiftungsarbeit stehen die Themen Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Dazu gehören auch Geschlechterdemokratie, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ebenso wie von Minderheiten und für die soziale wie politische Partizipation von Immigranten. Die Stiftung versteht sich als reformpolitische Zukunftswerkstatt und unterstützt grüne Ideen und Projekte. International ist sie gut vernetzt: sie arbeitet mit über hundert Partnerprojekten in mehr als 60 Ländern zusammen und unterhält derzeit Büros in 34 Ländern. Die politische Bildungsarbeit beinhaltet u.a. Online- und Präsenz-Veranstaltungen, Publikationen zu innenpolitischen, europäischen und internationalen Themen, Stipendien für Studierende und Promovierende, das feministische Gunda-Werner-Institut, die Weiterbildungsakademie GreenCampus, das Portal »Heimatkunde«, das Archiv Grünes Gedächtnis und vieles mehr. Die hbs veranstaltet Kongresse und Seminare und gibt Studien, Unterrichtsmaterialien und Bücher heraus.

Ihrem Namensgeber fühlt sich die Stiftung nicht nur hinsichtlich des gesellschaftspolitischen Engagements und programmatisch verpflichtet, sondern insbesondere auch in Sachen Kunst und Kultur, die von der Stiftung als Element politischer Bildungsarbeit und gesellschaftlicher Selbstverständigung gefördert wird. Ein Teil des Budgets fließt deshalb in kulturelle Projekte. Zudem unterstützt das stiftungseigene Studienwerk aktuell rund 1.200 Studierende und Promovierende mit Stipendien. Der geplante Pavillon neben dem Kino International wird für die hbs der zweite wichtige Standort neben ihrem Sitz in der Schumannstraße, gegenüber dem Deutschen Theater. Ursprünglich gab es die Idee, das Gebäude in der Schumannstraße auch für kulturelle und künstlerische Angebote (wie große Ausstellungen, Performances, Theater u.ä.) und Projekte zu nutzen. Das allerdings vertrug sich nicht so recht mit der notwendigen Raumnutzung als Konferenzzentrum.

Daraus resultierte die Idee, die Räume in der Karl-Marx-Allee flexibler zu gestalten. Insgesamt, so Annette Maennel, Leiterin der Abteilung Kommunikation der Stiftung, stelle man sich »einen eher fluiden Ort« vor, an dem Bildungsangebote zu gesellschaftlich relevanten Themen durchaus auch mit künstlerischen Intentionen und Statements verbunden werden können, die dann durch Veranstaltungsreihen begleitet werden. »Ein Ort für flexible Formen des Arbeitens und der Zusammenarbeit in unterschiedlichen Reflexionsräumen und Arbeitssituationen, von der Einzelarbeit bis zur Teamarbeit, vom Raum für Workshops und für Meetings. Ein Ort innovativer und zeitlich begrenzter interdisziplinärer und kollaborativer Projektentwicklung«, beschreibt Annette Maennel den Charakter, den das Haus künftig haben könnte. Dabei sind genreübergreifende Herangehensweisen durchaus üblich – so könnte etwa eine Fachkonferenz mit einem Film- oder Literaturprogramm für die breite Öffentlichkeit gekoppelt sein. Ein wichtiges Herzstück der Stiftung, das Archiv »Grünes Gedächtnis«, soll ebenso in das Nutzungskonzept integriert werden. Der Wunsch ist, auch grüne Geschichte erfahrbar zu machen. Damit wäre der Pavillon ein durchaus lebendiger Ort – eben kein Verwaltungsgebäude mit permanenten Büros, auch kein Ort kommerzieller Working Spaces, wie sie in den letzten Jahren zunehmend in Berlin vermietet wurden. Sondern ein Ort, der von unterschiedlichen Nutzern und Gästen lebt, von unterschiedlichen Projekten und Themensetzungen.

Besonders schätzt die hbs dabei die Lage des künftigen Standorts: direkt an der Karl-Marx-Allee mit ihrer Geschichte und Bedeutung. Es passt zur Geschichte der Heinrich-Böll-Stiftung, die 1996 aus drei Einzelstiftungen in Westdeutschland fusionierte. Nach der Vereinigung war es eine politische Entscheidung, die neue Heinrich-Böll-Stiftung in Ostberlin zu beheimaten. Es ging darum, sich einander anzunähern, ins Gespräch zu kommen und voneinander zu lernen.

Zudem ist der Standort wegen der zentralen Lage und der hervorragenden Erreichbarkeit mit der U-Bahn direkt vor der Tür für viele auch ohne Auto erreichbar. Und nicht zuletzt freut man sich auf die neue, interessante Nachbarschaft. So kann sich Annette Maennel durchaus auch künftige anlassbezogene Kooperationen vorstellen, z.B. mit dem Kino International. Und möglicherweise ergeben sich ja auch mit den anderen, neu hinzukommenden Nutzerinnen und Nutzern Synergien, wer weiß.



Gemeinsam Welterbe werden

Von Sabine Ambrosius,
Landesdenkmalamt Berlin

Die Idee, die Karl-Marx-Allee I. + II. Bauabschnitt sowie die Interbau 1957 zum gemeinsamen UNESCO-Welterbe zu qualifizieren, bekommt eine zweite Chance. Für Anwohner*innen und Interessierte bieten sich zahlreiche Beteiligungsangebote.

Worum geht es?

Auf Initiative engagierter Bürgervereine wurde bereits 2012 die Idee entwickelt, die Karl-Marx-Allee I. + II. Bauabschnitt sowie die Interbau 1957 als gemeinsames UNSECO-Welterbe vorzuschlagen. Obgleich der erste, schnelle Anlauf zum Welterbe nicht erfolgreich war, erfreut sich der Vorschlag weiterhin großen Interesses. Inhaltlich herausragend ist er auf jeden Fall: So stehen die drei Ensembles nicht nur für unterschiedliche Wege der Architekturmoderne nach 1945; sie verkörpern auch exemplarisch konträre Ideologien vom guten Leben und Wohnen im Wettkampf der politischen Systeme in Ost- und Westeuropa. Den monumentalen, historisierenden Wohnpalästen nach sowjetischem Vorbild im »Osten« stellte »der Westen« individualistische Baulösungen der internationalen Moderne entgegen, auf die die DDR ihrerseits wiederum mit egalitären seriellen Wohnblocks und anspruchsvollen Gemeinschaftsbauten antwortete.

Das Verfahren startet wieder

Derzeit arbeitet ein Expertenteam intensiv daran, die Einzigartigkeit von Karl-Marx-Allee I. + II. Bauabschnitt und Interbau 1957 fachlich zu begründen. UNESCO-Welterbe zu werden, ist ein mehrstufiges und mehrjähriges Verfahren: In einem ersten Schritt wird der Welterbevorschlag KMA I+II / Interbau 1957 für die Aufnahme in die nationale Tentativliste erstellt. Hierzu müssen bis zum 31.10.2021 der Kulturministerkonferenz die entsprechenden Unterlagen durch das Land Berlin überreicht werden. Diese beruft einen internationalen Fachbeirat ein, der die eingereichten Vorschläge prüft und seine Entscheidung 2023 mitteilt. Sollte der Vorschlag in die nationale Tentativliste aufgenommen werden, beginnt das internationale Nominierungsverfahren. Der Vorschlag wird dann zum Antrag und muss entsprechend weiterqualifiziert werden. Das umfangreiche Dossier wird der UNESCO in Paris überreicht und das Weltererbe-Komitee gibt schließlich die Entscheidung im Rahmen ihrer Jahrestagung bekannt. Welterbe zu sein, ist Auszeichnung und Verpflichtung zugleich. Welterbe zu werden, ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller Beteiligten – von Politik und Verwaltung, Eigentümer*innen und Mieter*innen, Bürgerschaft und Interessierten. Bereits heute müssen wir gemeinsam welterbeverträglich handeln und miteinander ins Gespräch kommen. »Welterbe zu werden« erfordert, an einem Strang zu ziehen und den besonderen Anforderungen bei Schutz, Pflege und Weiterentwicklung der Gebiete gerecht zu werden. Regelmäßig beraten deshalb Praktiker*innen aus den Verwaltungen und stimmen sich zu den Handlungsbedarfen in den »potentiellen Welterbege-

bieten« ab, suchen Lösungen und stecken sich gemeinsame Ziele. Integraler Bestandteil des UNESCO-Antragsverfahrens ist die intensive Einbindung und Beteiligung von Eigentümer*innen und Mieter*innen, Architekturinteressierten und der breiten Öffentlichkeit. Mit vielfältigen Beteiligungsformaten wendet sich deshalb das Land Berlin unter der Federführung des Landesdenkmalamtes an die (Fach)-Öffentlichkeit und informiert regelmäßig über das potentielle Welterbe. Regelmäßig aktualisierte Informationen finden Sie unter www.berlin.de/landesdenkmalamt/welterbe/

Gemeinsam Welterbe werden – wir laden Sie ein!

KMA und das Hansaviertel sind lebendige Quartiere und Zuhause für Tausende Berliner*innen. Viele Anwohner*innen macht die Vorstellung stolz, eines Tages im Welterbe zu wohnen. Einige engagieren sich seit Jahren dafür. Bei vielen kommen aber auch Fragen auf: Bedeutet der Welterbestatus Einschränkungen für mich als Mieter*in oder als Eigentümer*in? Kann ich langfristig hier wohnen bleiben? Wie gehen wir mit Tourist*innen um? Und was ist eine »Pufferzone«? Egal, ob Sie sich für die Welterbeidee stark machen, sich näher informieren oder auf Vorbehalte oder Missstände aufmerksam machen wollen: Wir freuen uns über Ihre Beteiligung!

Wie kann ich mitmachen?

Sie möchten Informationen aus erster Hand, suchen den Austausch, möchten Feedback geben? Sie möchten Hinweise aus Ihrem Wohnumfeld geben, die aus Ihrer Sicht für eine gute Entwicklung Ihres Quartiers hilfreich sind? Sie möchten ei-

nen tieferen Einblick in die Vorgänge rund um den Welterbevorschlag erhalten? Sie haben eine Projektidee für den Thementag, wollen eine Führung anbieten oder anderweitig Wissen und Unterstützung einbringen? Dann schauen Sie doch einmal bei den Gebietspat*innen vorbei! Dieser Kreis aktiver Bürger*innen trifft sich jeden letzten Mittwoch im Monat um 18.00 Uhr, vorerst online.

Sie möchten mit Expert*innen über das Welterbe diskutieren? Dafür haben wir die Reihe »Digitaler Dialog – Auf dem Weg zum Welterbe«, eine Informations- und Fragestunde rund um das potenzielle Welterbe, konzipiert. Renommiertere Fachexpert*innen werfen in Vorträgen Schlaglichter auf die Gebiete oder schauen über den Berliner Tellerrand. Danach darf in offener Runde diskutiert werden: jeweils am zweiten Mittwoch des Monats um 18.00 Uhr.

Sie möchten einen eigenen kleinen Beitrag leisten, um den Vorschlag lebendig zu machen? Teilen Sie uns mit, welchen Lieblingsplatz sie in der Karl-Marx-Allee oder im Hansaviertel haben: Wieso bedeutet er Heimat für Sie? Wir möchten die Schönheit, die geheimen Ecken und vielleicht auch die Brüche innerhalb der Gebiete in einem Handyclick von Berliner*innen für Berliner*innen zeigen. Filmen Sie in 30 Sekunden Ihr Welterbe und senden Sie uns den Beitrag. Wir schneiden die Beiträge zu einem bunten Kaleidoskop aus Einblicken in das Leben im Welterbe, Impressionen aus den Gebieten, persönlichen und fachlichen Perspektiven zusammen. Der Handyclick wird zum Welterbetag am 6. Juni 2021 auf der Internetseite des Landesdenkmalamtes veröffentlicht.

Sie möchten an einer Führung teilnehmen? So die Pandemielage es zulässt, führen Gebietspat*innen Sie am 6. Juni 2021, dem diesjährigen Welterbetag, durch »Ihr« Kulturerbe – vom Frankfurter Tor im Osten bis zum Corbusier-Haus am Olympiastadion im Westen. Sie möchten die Gebiete auf neuen Wegen entdecken? Sie möchten mit Ihrer Familie einen Ausflug in die Gebiete machen? Am 8. August 2021 ist es hoffentlich soweit! Dann findet der Thementag in allen Gebieten mit vielen Aktionen rund um das Welterbe statt. In einer Bürgerwerkstatt soll an diesem Tag auch die Verwaltung mit Anwohner*innen und Experten*innen über aktuelle Herausforderungen zu Aufgaben in den Gebieten sprechen.

Weitere Angebote halten der Tag des offenen Denkmals am 12. September 2021 und die Programme von Partnerprojekten, -vereinen und -initiativen bereit. Auch hierzu informieren wir laufend. Wir sind offen für Ihre Anfragen und Rückmeldungen – kontaktieren Sie uns gern!

Zu allen Terminen und Formaten erhalten Sie weiterführende Informationen über die Internetseite des Landesdenkmalamtes www.berlin.de/landesdenkmalamt oder Sie schreiben eine E-Mail an welterbevorschlag@complangmbh.de. complan Kommunalberatung GmbH unterstützt das Landesdenkmalamt bei der Koordination des Vorschlagsverfahrens.

Nachrichten

Pavillon-Ausstellung

Im letzten Herbst musste die Ausstellung »Re: Pavillon« im Kino International, die im letzten Herbst leider wegen des Lockdowns vorzeitig ihre Pforten schließen. Sie soll aber möglichst im Sommer nochmal geöffnet werden, sobald die Regelungen das wieder zulassen. Bis dahin gibt es eine digitale Alternative: einen virtuellen 3D-Rundgang durch die Ausstellung. Damit besteht die Möglichkeit, die Exposition ganz in Ruhe zu besuchen, falls Ihnen ein Besuch vor Ort nicht möglich war oder Sie gerne nochmal nachstöbern möchten. Den Link zum Rundgang finden Sie unter der Internet-Adresse www.kma-mitte.de/repavillon

Neues aus dem Gebiet

Gehwegstreifen

Die Gehwegverbindung zwischen der Berolinastraße und der Weydemeyerstraße wurde nun in Kooperation einer Eigentümergemeinschaft mit dem Bezirksamt Mitte wiederhergestellt. Die Gestaltung entspricht den Vorgaben des Ausstattungs- und Materialeitfadens (AML) für das Gebiet.

Bäume

In der Schillingstraße wurden zwei junge Bäume neu gepflanzt. Dagegen mussten im Februar im Zuge der bauvorbereitenden Maßnahmen zur Sanierung der Planische Singerstraße, die noch in diesem Jahr erfolgen soll, zwei Rot-Ahorne gefällt werden. Die Nachpflanzung von ebenfalls zwei Bäumen erfolgt dann direkt auf der Grünfläche im Rahmen der Sanierung und Neugestaltung nach Plänen des Landschaftsarchitekturbüros Levin Monsigny.

Bänke

Im Gebiet wurden neue Bänke aufgestellt: drei vor dem Rathaus und weitere drei an der Schillingstraße. Insgesamt werden in diesem Jahr 21 Bänke sukzessive restauriert bzw. ausgetauscht. Hinzu kommen neue Sitzmöglichkeiten an weiteren Standorten. Die Bänke kommen aus der Kühn-Schmiede. Damit wird eine Tradition fortgeführt, denn die in den 60er Jahren aufgestellten Bänke im Gebiet KMA wurden in der Kunst- und Metallschmiede von Fritz Kühn bzw. dessen Sohn Achim Kühn gefertigt.



Ein Geburtsfehler der Metropole?

Nach »100 Jahren Groß-Berlin« steht noch immer das Thema Verwaltungsreform im Raum



Man muss ja nicht gleich in ganz großen Bahnen denken. Doch wenn man in das Gesicht eines Neu-Berliners schaut, der gerade zum ersten Mal mit dem Phänomen der Berliner zweistufigen Verwaltung konfrontiert ist, der vergeblich versucht, sich durch den Dschungel der Zuständigkeiten zu kämpfen, und der den ganzen Laden hier allmählich für ein verkapptes Irrenhaus hält – dann drängt sich schon die Überlegung auf, dass, wenn das Inkrafttreten des »Groß-Berlin-Gesetzes« von 1920 die Geburtsstunde der heutigen Metropole war, die nur halberzige Verwaltungsreform auch ihr größter Geburtsfehler war.

Ein Fehler, der uns bis heute begleitet: bei jedem Radweg, jedem strittigen Bauvorhaben, jeder Schulausstattung. Von einer Verwaltung der kurzen Wege kann man bislang in Berlin nur träumen, wenn man sieht, dass Ausschreibungen durch den hohen bürokratischen Aufwand mindestens ein halbes Jahr dauern, ebenso wie Stellenbesetzungen; dass Zuständigkeiten ebenso hin- und hergeschoben werden wie Aktenwägelchen; dass sich Vorhaben monatelang verzögern, weil immer noch irgendwo irgendeine Unterschrift irgendeiner Verwaltungsebene

fehlt. Und von einer digitalisierten, gut vernetzten Verwaltung kann man ebenfalls nur träumen angesichts der Büros, in denen museumsreife Computer stehen und allen Ernstes immer noch Faxgeräte genutzt werden – Dinge, die unsere Kinder ebenso ungläubig bestaunen wie Dinosaurier oder Waschzuber. Was muss wohl jene estnische Delegation gedacht haben, die vor einiger Zeit zum Arbeitsbesuch in Berlin weilte und erfuhr, wie viele der Bürger hier immer noch per Papierantrag bei unterschiedlichsten Ämtern erledigen muss? In Estland braucht man für alles Mögliche von der Kindergeldbeantragung bis zur Autoanmeldung eine einzige Chipkarte und einen heimischen Computer. Und woher rührt das Paradox, dass Berlin zwar über einen enormen Verwaltungsapparat verfügt, aber dennoch in vielen Ämtern über notorischen Personalmangel geklagt wird?

Der Spagat zwischen Zentralismus und Polyzentralität

Das digitale Mittelalter ist dabei wohl weniger ein berlinspezifisches denn ein bundesweites Phänomen. Viele Probleme der Berliner Verwaltung dagegen sind noch immer eine Erblast von 1920. Dabei war auch die Organisation der Verwaltung

in der neuen Großstadt Berlin zunächst ein Erfolg: Sie beendete den grundlegenden Streit, ob die Stadt künftig zentralistisch regiert oder mit weitgehend selbständigen Gemeinden gestaltet werden sollte. Schließlich mussten die Kommunen (und all ihre Bürgermeister und Räte) ja auch erst von den Vorzügen der Zugehörigkeit zu einer Großstadt überzeugt werden. In den einzelnen Gemeinden fürchtete man nicht nur finanzielle Nachteile, sondern auch den Verlust politischer Autarkie. Kompromisse mussten also her, um den Weg zum Vereinigungsgesetz freizumachen: Groß-Berlin wurde in zwanzig Bezirke mit jeweils eigenem Bezirksamt und eigener Bezirksversammlung unterteilt. Dabei gab es noch eine – im Vergleich zu heute – relativ klare Regelung: Paragraph 25 des Gesetzes bezeichnete die Bezirksämter als »ausführende Organe des Magistrats«. Doch der Satz, wonach die Bezirke »nach den vom Magistrat aufgestellten Grundsätzen die Geschäfte zu führen (haben), die der Magistrat ihnen zuweist«, bot damals bereits viel Konfliktstoff. Mal mischten sich die Magistratsmitglieder über Gebühr in die bezirklichen Belange ein, mal verloren sich die Bezirke in ihrem eigenen politischen Hickhack. Der große Verwaltungsapparat war zum einen der schieren Größe der neuen Stadt geschuldet – vor allem aber sollte er helfen, die Aversionen gegen die Vereinigung zu dämpfen und die Angst vor einem neuen, ungewohnten Zentralismus zu beschwichtigen. Dabei wurden schon damals immer wieder die »Verschlankung« der Verwaltung und die Vereinfachung von Verfahren gefordert. So fragte das Berliner Tageblatt 1926: »Mit einem bürokratischen Übertreiben der Zentralisation macht man die Dinge nur schlimmer. Aber sind zwanzig Bezirke und zwanzig Bezirksversammlungen wirklich notwendig? Können sie auf Dauer ohne Schädigung der Einheit ertragen werden? Jedenfalls sind achthundert Stadtverordnete und Bezirksverordnete auch für eine Viermillionenstadt viel zu viel.« Doch das war der Preis, der zunächst einmal zu zahlen war. Und das Aufblühen der neuen Metropole Berlin war ja ein Erfolg. Aber warum hat sich im Verlauf von hundert Jahren so wenig an den schon damals beklagten unliebsamen Begleiterscheinungen geändert?

Von Zebrastreifen und Mail-Unfug

Aus heutiger Sicht ist es schier unglaublich, wie im Berlin der 1920er Jahre innerhalb kurzer Zeit ein komplexes Verkehrs-

netz geschaffen oder moderner Wohnung- und Siedlungsbau vorangetrieben wurde, überhaupt Neuerungen in einem solchen Tempo durchgesetzt wurden, dass Otto Reutter in einem seiner Couplets seufzte: »Ick kann dit Tempo nich ertragen«. Im Berlin der 2020er Jahre hätte er dieses Problem nicht gehabt, jedenfalls nicht bei amtlichen Angelegenheiten. Hier dauert ein Zebrastreifen im Schnitt ca. drei Jahre und 18 Verwaltungsschritte, wie es der Tagesspiegel-Chefredakteur Lorenz Maroldt in dem Buch »Berlin in hundert Kapiteln« beschreibt. Man erfährt auch, warum jemand, der aus Frust einfach selbst einen Fahrradbügel kaufte und ihn ohne Genehmigung vor seinem Büro aufbaute, damit deutlich besser fuhr als einer, der brav den Amtsweg einzuhalten suchte. Ersterer musste zwar nach 25 (!) Jahren einmalig 120 Euro Strafe zahlen, aber der Fahrradbügel blieb. Letzterer dagegen hatte plötzlich einen Paragraphen- und Vorschriftenwust am Hals, der ihn vermutlich heute noch in seinen Alpträumen verfolgt. In den 1920er Jahren wie auch heute hat Berlin eine zweistufige Verwaltung. Warum aber funktionierte das damals dennoch besser als heute? Warum ist die Polyzentralität der Stadt, die sie ja prägt und die eigentlich eine Stärke ist, in der Verwaltung oft ein Hemmnis?

Alle fünf Jahre neue Personalbesetzungen und Ressortzuschnitte

In der ersten Berliner Verfassung, sagt etwa Frank Nägele, Verwaltungsexperte und Staatssekretär für Verwaltungs- und Infrastrukturmodernisierung, sei das Verhältnis klar strukturiert gewesen: der

Senat steuert, die Bezirke setzen um. Das aber sei im Laufe der Zeit immer weiter aufgeweicht worden und sieht deshalb heute völlig anders aus. Um die Struktur zu verstehen, muss man auf das Verhältnis von Politik und Verwaltung schauen: Alle fünf Jahre wird in Berlin das Abgeordnetenhaus gewählt, aus der gewählten politischen Koalition ergibt sich die Besetzung des Regierenden Bürgermeisters und des maximal zehnköpfigen Senats. Gleichzeitig wird an diesem Tag auch in den Bezirken gewählt: insgesamt sind das 12 Bezirksbürgermeister und 70 Stadträte. Doch statt einer klaren politischen Mehrheitskoalition (»politisches Bezirksamt«) gibt es in den Bezirken Zählgemeinschaften, die den Bezirksbürgermeister bestimmen, die Stadtratsposten werden nach Proporz ALLER in der BVV vertretenen Parteien vergeben. Im ungünstigsten Fall werden auch noch die Fach- und Zuständigkeitsbereiche der jeweiligen Stadträte jeweils neu verhandelt, so dass es auch unter den Bezirken keine einheitlichen Ressortzuschnitte gibt. Und alle fünf Jahre dreht sich das muntere Personal- und Ressortkarussell neu. Die einzige Konstante ist dabei dann – das Verwaltungspersonal. »So kann es passieren, dass die Verwaltung die Politik führt«, warnt Nägele. Es fehle zudem an klaren (Richtlinien-)Kompetenzen: »Es gibt beispielsweise keinerlei Weisungsbefugnis gegenüber einem Stadtrat – auf keiner Ebene.« Eine Einführung des ohnehin sehr umstrittenen »politischen Bezirksamtes« wäre aber, darin sind sich Heilmann, Nägele und andere Verwaltungsexperten einig, keine wirklich zukunftsfähige Alternative und würde die bestehenden Probleme nicht lösen. Vielmehr lohne es sich, auch mal zu schauen, wie das andere machen.



In manchen Städten etwa wird alle paar Jahre ein Rat gewählt, der die politische Führungsebene darstellt. Dieser Stadtrat kann dann Fachleute berufen, etwa einen Baudezernenten, der unabhängig vom Oberbürgermeister oder einer Parteizugehörigkeit, sondern nach Leistung gewählt würde. Zweckmäßig sei allerdings der erste Schritt, die Bezirkswahlen zeitlich von den Abgeordnetenhauswahlen zu entkoppeln. Nägele verweist aber auch auf ein historisches Erbe: Nach dem Mauerfall war eine komplizierte Verwaltungsfusion zu bewältigen, es folgten die gescheiterte Länderfusion mit Brandenburg, dann eine kräftezehrende Bezirksfusion mit der Reduzierung von 23 auf 12 Bezirke und schließlich, nach dem Bankendesaster und dem Scheitern der Großen Koalition 2001, ein rigider Sparkurs, von dem sich die Verwaltung bis heute nicht wieder erholt hat.

Mails mit 16 Adressaten im CC

Thomas Heilmann (CDU) gehört zu der Minderheit, die als Externe in die Politik geholt werden. Der Jurist und Unternehmer sitzt heute im Bundestag, von 2012 bis 2016 war er Justizsenator. Er sieht mehrere entscheidende Punkte für eine Verwaltungsreform: Ein kompetentes Führungsmanagement und mehr Fachkompetenz beim politischen Personal. Klare Verantwortungsgebiete. Digitalisierung, Vernetzung und besseres E-Government. Zudem müsse man aufhören, immer nur einen Schritt nach dem anderen zu machen nach dem Prinzip: Erst werden alle Schulen saniert, und danach werden dann alle verkabelt. Und es brauche unbedingt mehr direkte Kommunikation: »Statt eine Mail zu schicken mit 16 Adressaten im CC und sich dann zurückzulehnen und auf die anderen zu warten, muss man die Beteiligten direkt an einen Tisch holen und verbindliche Verabredungen treffen, deren Erfüllung dann auch kontrolliert werden kann.« Die Verantwortungsabgabe per Mail mit 16 Leuten im CC führe letztlich zu solchen Phänomenen wie dem des Zebrastreifens. »Das Irre ist: Mit den 18 Verwaltungsschritten beschäftigt man Menschen. Die drehen ja keine Däumchen, die arbeiten ja alle!« Es brauche aber eine verbindliche Steuerung und Controlling, so Heilmann, mit Zielvorgaben und engmaschigen Sachstandskontrollen. Und es müsse klare Verantwortlichkeiten geben.

(wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt)

Wie viel Platz brauchen wir?

Es geht nicht um Verbote von Eigenheimen, sondern um eine neue Baupolitik

Die mediale Aufregung war enorm.

»Grüne wollen neue Einfamilienhäuser verbieten«, titelte die **notorisch hyper-ventilierende BILD**. Es klang, als wolle **Anton Hofreiter** jetzt allen Omis ihr **Klein Häuschen** wegnehmen.

Was war also passiert? Hofreiter, Fraktionschef der Grünen, hatte dem SPIEGEL ein Interview gegeben und darin eine Entscheidung des Bezirksamts Hamburg-Nord verteidigt, wonach in neuen Baugebieten keine Einfamilienhäuser mehr ausgewiesen werden sollen, sondern Geschosswohnungsbau favorisiert wird. Auch das war allerdings nicht neu, sondern schon seit Jahren Konsens von Grünen und SPD in Hamburg-Nord. Der dortige Bezirksamtsleiter stellte in einem taz-Interview klar: Es »werden keine Einfamilienhäuser verboten. Überall dort, wo wir in gültigen Bebauungsplänen solche Häuser ausgewiesen haben, kann man sie weiter bauen.« Auch die Entscheidung für Geschosswohnungsbau in neuen Baugebieten begründete er: »Wir haben pro Jahr einen Zuzug von mehreren tausenden Menschen, Hamburg ist ein Sehnachtsort für viele. In Metropolen stehen wir vor der Herausforderung, trotz knapper Flächen viel bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Da funktionieren Einfamilienhäuser einfach nicht überall.« Hofreiter hatte wiederum nichts weiter getan, als

darauf hinzuweisen, dass die Kommunen vor Ort entscheiden – auch über Strategien, dem »Donut«-Effekt entgegenzuwirken, also verweisenden Ortskernen mit viel Eigenheim-Speckgürtel drumherum.

Keine Revolution also. Dabei wäre eine grundsätzliche Debatte längst überfällig, denn die Karten liegen schon lange auf dem Tisch: Wir verbrauchen zu viel Fläche – viel mehr, als wir uns angesichts der Klimakrise erlauben dürften.

Seit 1960 hat sich der Pro-Kopf-Verbrauch von damals knapp 20 qm auf heute ca. 45 qm mehr als verdoppelt. Ein Grund dafür ist der klassische »empty nest«-Effekt: Nach dem Auszug der erwachsenen Kinder die Eltern in viel zu groß gewordenen Häusern oder Wohnungen zurück. Zum anderen gibt es immer mehr Single-Haushalte – und natürlich ist die Pro-Kopf-Wohnfläche für den Einzelnen größer (derzeit im Schnitt 68 qm) als bei einem Drei-Personen-Haushalt mit Gemeinschaftsflächen wie Küche und Bad (derzeit 33 qm). Zwischen 2011 und 2019 stieg die Zahl der Wohnungen in Deutschland um 4,6% – stärker als das Bevölkerungswachstum (ca. 3,5%). Sogar dort, wo die Bevölkerung schrumpft, nahm die Zahl der Wohnungen zu. Grund und Boden aber sind eine endliche Ressource – man kann sie nicht künstlich vervielfachen. »Wir brauchen neue Leitbilder für unser Wohnen«, fordert etwa die Soziologin Christine Hannemann, die den einzigen Lehrstuhl für Wohnsoziologie in Deutschland hält: »Die Klimakrise ist mittlerweile so fortgeschritten, dass wir jeden Quadratmeter unbebaute Fläche in unserem Land schützen sollten. Uns fehlen Bäume, aber keine freistehenden Gebäude aus Beton und Stein, in denen dann durchschnittlich gerade mal vier Leute wohnen. Das wissen auch alle Verantwortlichen. Trotzdem werden Einfamilienhäuser in Deutschland durch das Baukindergeld, die Pendlerpauschale und andere Steuervorteile gefördert wie keine andere Wohnform. Das ist ökologischer Wahnsinn und auch sozial fragwürdig. Die klassischen Einfamilienhaussiedlungen verursachen ja enorme allgemeine Kosten für Straßen, Bushaltestellen und andere Infrastruktur.« Und sie verursachen enormen zusätzlichen (Pendler-)Verkehr mit dem PKW. Nicht zu vergessen: die vielen (meist unbezahlten und meist von

Frauen geleisteten) Arbeitsstunden, die ein größerer Haushalt erfordert. Wohneigentum wird gern als Altersvorsorge angepriesen. Doch auch dieses Argument zieht nicht mehr, denn inzwischen sind die Preise so gestiegen, dass sich die meisten das gar nicht leisten können. Aus all diesen Gründen plädiert Hanne-mann für ein gründliches Umdenken auch in der Baupolitik. Diese müsse mehr gemeinwohlorientierte Baugenossenschaften fördern. »Bund, Länder und Kommunen sollten ihren Grund und Boden nicht mehr privatisieren und zu Höchstpreisen verkaufen können. Sie müssten ihn so vergeben, dass die Baukonzepte nachweislich am Gemeinwohlgedanken ausgerichtet sind.« Dann wären große innerstädtische Quartiere mit Gemeinschaftsflächen möglich, die alle nutzen können. Die Vorzüge des Geschosswohnungsbaus liegen dabei auf der Hand: So sind beispielsweise der Grundflächenverbrauch und damit die Kosten pro Kopf geringer, die Erschließung muss nur einmal erfolgen. Größere, zusammenhängende Gemeinschaftsgrünflächen erlauben eine bessere ökologische Gestaltung und Artenvielfalt als viele zergliederte kleine Vorgärten und englischer Rasen. Gemeinsame Spielplätze bieten Begegnungsmöglichkeiten nicht nur für Kinder, sondern auch für Eltern und Großeltern. Denkbar wären z.B. gemeinschaftliche Hobby-, Werkstatt- oder Gästeräume. Die »Stadt der kurzen Wege« bietet Infrastruktur – Kitas, Ärzte, Geschäfte, Dienstleister – in fußläufiger Entfernung und eine Mischung von Wohnen und Arbeitsplätzen. Und dass Geschosswohnungsbau nicht zwangsläufig »Kaninchenställe« oder Ghettos generiert, zeigen nicht nur moderne Stadtviertel etwa in Schweden oder Finnland – sondern durchaus auch großzügig durchgrünte Wohngebiete wie die KMA II oder das Heinrich-Heine-Viertel, in denen die Wohnzufriedenheit überaus groß ist. Weitsichtige Baupolitik muss sowohl den Bestand nutzen (auch mit kreativen Nutzungsideen) als auch über die klassischen Formen wie Einfamilienhaus und Familienwohnung hinaus denken und vielfältigere, flexiblere Formen des Wohnens mit gemeinschaftlichen Nutz- und Begegnungsflächen unterstützen. Wie wichtig Nachbarschaften sind, zeigt uns gerade die Pandemie.

us



CHRISTOPH ECKELT

Kontakte, Ansprechpartner, Adressen

Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Müllerstraße 146
13353 Berlin

Zuständig für das Fördergebiet:

André Zschaler
Tel. (030) 9018 457 93
andre.zschaler@ba-mitte.berlin.de

Zuständig für private Bauvorhaben:

Elke Pistorius
Tel. (030) 9018 457 79
elke.pistorius@ba-mitte.berlin.de

Prozesssteuerung und Gebietsentwicklung

Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement (KoSP GmbH)
Schwedter Straße 34 A
10435 Berlin
kma@kosp-berlin.de

www.kosp-berlin.de
www.kma-mitte.de

Bürgersprechstunde:
Do 15–19 Uhr, vorerst telefonisch,
Kontakte siehe KoSP-Ansprechpartner

Ansprechpartner:

Hannah Münzer
Tel. (030) 33 00 28 47
muenzer@kosp-berlin.de

Christin Noack
Tel. (030) 33 00 28 55
noack@kosp-berlin.de

Weronika Baran
Tel. (030) 33 00 28 33
baran@kosp-berlin.de

Georg Wasmuth (büro west)
Geneststraße 5, 10829 Berlin
Tel. (030) 786 04 70
gw@buero-west.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

Referat Stadterneuerung (IV C)
Württembergische Straße 6
10707 Berlin
Henrik Uhlenbrock
henrik.uhlenbrock@sensw.berlin.de

Nachbarschaftsrat KMA II e.V.

info@nachbarschaftsrat-kma.de
Treffen jeden letzten Dienstag des Monats 18.30 Uhr, KMA-II-Treff, Schillingstraße 12, EG, Raum 11



CHRISTOPH ECKELT



Eine fantastische, aber nicht unrealistische Vorstellung: In unserem Quartier, das sich täglich verändert, gibt es ein kommunikatives Informationsleitsystem, das dazu dient, den Menschen, die hier leben oder auch denen, die sich das nur mal anschauen wollen, zu sagen, was hier gerade passiert, was geplant ist und wie es werden soll. So eine Art Dauerausstellung, die sich ständig ändert, weil sie regelmäßig aktualisiert wird. Schön gemacht noch dazu. Einladend.

Hieße zum Beispiel, ich könnte an der Charlotte-Pfeffer-Schule, die nun schon gefühlt zehn Jahre (was nicht stimmt) eine Baustelle ist, erfahren, warum es so lange dauert, wie das Ganze mal aussehen soll, warum die Baustelle so viel Grün verschlingt und ob das verschwundene Grün mal ersetzt wird, ob die beiden imposanten Lebensbäume vor der Schule die Bautätigkeit überleben werden, ob sich jemand Gedanken über die beiden Kletterhortensien an der Zufahrt zur Baustelle macht und wann – verdammt – die fertig werden mit dem Bauvorhaben.

Ich würde direkt am Ort des Geschehens darüber informiert, warum sich der Plan mit der Schule in der Singerstraße (Campus-Konzept) verzögert. Ich erfähre vielleicht, warum das Regenwasser von der Liegewiese auf der Plansche Weydemeyerstraße nicht abläuft und ob das demnächst behoben werden kann. Mir erklärte jemand Kluges, warum die Wasserspielzeiten auf der Plansche so eingeschränkt sind und warum es bei dem

Spielplatz hinter der Mollstraße 8–11 so lange dauert, ihn wieder bespielbar zu machen. In der Schillingstraße sähe ich an jeder Baustelle, wie die künftige Nutzung der Erdgeschosse aussehen wird. Und vielleicht erzählten mir andere Informationstafeln, was in den vergangenen Jahren alles auf Nimmerwiedersehen verschwunden ist, von den Wohngebietsgaststätten (kein schönes Wort, aber eine feine Sache) über die Mokka-Milch-Eisbar, die Wäschereien, die Gesundheitsversorgung...

So ein Informationssystem, das wirklich informiert, anstatt mich im Zweifelsfall als Baustellenschild abweisend darauf aufmerksam zu machen, dass es mich nicht zu interessieren hat, was da hinterm Bauzaun passiert, wäre eine sehr bürgernahe Angelegenheit. Und es wäre das, was man gemeinhin ein niedrigschwelliges Angebot nennt. Alltagsauglich also und nur wenig ausgrenzend.

Es ist nicht so, dass man die Informationen nicht bekommen kann. Erst kürzlich hat das Büro KoSP als Gebietsbeauftragter den Interessierten vom Nachbarschaftsrat eine sehr gute Zusammenfassung präsentiert über das, was war, was geplant ist und was sein wird.

Man kann sich natürlich auch, ist man nicht im Nachbarschaftsrat, durch das große weite Internet arbeiten und zusammensuchen, was man wissen möchte. Es ist möglich, beim Bezirksamt nachzufragen. Es gibt diese Zeitung, die regelmäßig in den Briefkästen liegt und und

und. Aber schön, wenn wir mal kurz träumen dürfen, wäre so ein Informationssystem im öffentlichen Raum schon.

Es löste noch nicht die Frage, ob und wie die Anwohner:innen mitgenommen und beteiligt werden. Denn selbst wenn sie sich organisieren, wie im Verein Nachbarschaftsrat, und Ideen und Vorschläge entwickeln, ist es nicht einfach, damit dann auch wirklich gehört zu werden. Seit das Quartier im Umbruch ist steht zum Beispiel der Wunsch nach Orten für Zusammensein und Zusammenkunft ganz weit oben. Diese Orte gibt es kaum noch. Wenn wir ehrlich sind: Es gibt sie gar nicht mehr. Nachbarschaften haben sich in ihren Wohnzimmern zu treffen oder bezahlte Angebote zu wählen, wenn sie sich am runden Tisch treffen und beisammen sein wollen. Manchmal finden sie, wie im Ambulatorium Schillingstraße, eine zeitweilige Unterkunft. Und obwohl das wie ein Mantra immer wieder angemahnt, beklagt und gewünscht wird, passiert nichts. Nutzungskonzepte, so sie aufgestellt werden, sind oft mit der Ansage verbunden, man könne sich da einbringen, aber ein bisschen ist das, als schriebe man Briefe an den Weihnachtsmann. Von dem wir nicht genau wissen, ob es ihn gibt. Wo wir uns in diesem Quartier künftig kostenfrei und vielleicht sogar selbstorganisiert und -verwaltet werden begegnen können, steht in den Sternen. Aber Wohnzimmer sind ja auch was Feines.

Kathrin Gerlof